

Der Ausschuss für Planung und Verkehr beauftragt die Verwaltung

- **den Kommunen die Möglichkeit einzuräumen, die Maßnahmenliste für neue Radwege an Kreisstraßen politisch zu beraten und dem Rhein-Sieg-Kreis bis zum Beginn der Sommerferien eine Stellungnahme abzugeben. Die Kommunen sollen nach Möglichkeit eigene Priorisierungsvorschläge machen,**
- **in den Kommunen zusätzlich abzufragen, an welchen Kreisstraßen im Innerortsbereich aus ihrer Sicht die Anlage von Schutzstreifen sinnvoll erscheint,**
- **für eine gebündelte Stellungnahme an das Verkehrsministerium des Landes NRW in den Kommunen die dringend notwendigen Lückenschlüsse für Radwege im Zuge von Bundes- und Landesstraßen zu erfragen,**
- **unter Berücksichtigung aller von den Kommunen vorgetragenen Maßnahmen auf ein zusammenhängendes Radverkehrsnetz hinzuwirken und den Fraktionen eine überarbeitete Maßnahmenliste für neue Radwege an Kreisstraßen für eine interfraktionelle Abstimmung vorzulegen,**
- **nach Zustimmung aus den Fraktionen umgehend eine gutachterliche Untersuchung hinsichtlich der zu erwartenden Kosten zu beauftragen und unter Berücksichtigung der naturschutzfachlichen Belange einen Priorisierungsvorschlag zu erarbeiten.**